

# STELLUNGNAHME

## Zum Papier “Post-2015 Agenda for Sustainable Development. Key Positions of the German Government” (February 2014)

VENRO begrüßt die Möglichkeit, zu der Positionierung der Bundesregierung zur zukünftigen Post-2015- Agenda Stellung zu nehmen. Auch die in dem Dokument angekündigte Einbeziehung der Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft bei der Weiterentwicklung dieser Position werten wir als ein sehr positives Signal, um das neue universell gültige Zielsystem in einem möglichst partizipativen Prozess aufzustellen. Die Bundesregierung sollte dabei international eine aktive Rolle einnehmen. Wir unterstützen daher auch die Absicht, die Post-2015 - Agenda zum Thema der deutschen G-8 Präsidentschaft zu machen.

Unsere Inhaltliche Stellungnahme gliedert sich in einige übergeordnete Verbesserungsvorschläge, die wir nachfolgend aufführen sowie konkrete Formulierungsvorschläge, die im Text sichtbar eingefügt wurden.

Eine ausführliche Darstellung der VENRO-Vorschläge und Forderungen zu einer neuen globalen Agenda finden Sie im [Positionspapier „Die Weichen richtig stellen –Für eine zukunftsfähige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda nach 2015 \(Berlin, 2013\)“](#).

### 1. Übergeordnete Bemerkungen

- Die Menschenrechte sollten als verbindliche Grundlage der neuen Agenda stärker hervorgehoben werden. Nahezu alle Staaten haben die zentralen UN-Menschenrechtsverträge ratifiziert und sich damit verpflichtet, unter anderem das Recht auf Nahrung, Wasser, Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Deshalb muss betont werden, dass die Post-2015-Agenda nicht hinter die bereits in den Menschenrechtspakten völkerrechtlich verbindlichen Standards zurückfallen darf, sondern vielmehr zu deren verstärkter Umsetzung beitragen muss. Dies gilt natürlich in gleichem Maße für alle internationalen Umweltabkommen.

- Die universelle Geltung sowie der notwendige Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Produktions- und Konsumweise, die eine neue globale Agenda auszeichnen müssen, sollten stärker hervorgehoben werden. Dabei ist auffällig, dass bislang die überwiegende Zahl der Ziele so formuliert ist, dass sie nur für Entwicklungs- und Schwellenländer gelten. Für die Industrieländer relevante Ziele müssen ebenfalls benannt werden. Ein Hinweis auf die soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist nicht ausreichend. Auch die soziale Marktwirtschaft hat – bei allen unbestreitbaren Erfolgen – noch keinen Weg aufgezeigt, wie wirtschaftliche Entwicklung in Einklang gebracht werden kann mit der Einhaltung der planetarischen Grenzen.
- Eine zentrale Herausforderung der zukünftigen Agenda ist die Überwindung der wachsenden Ungleichheit, sowohl innerhalb der einzelnen Staaten, als auch zwischen Staaten. Die ansteigende soziale und ökonomische Ungleichheit erschwert den Kampf gegen Armut und führt zu wachsenden sozialen Spannungen. Deshalb muss ein stärkerer Fokus auf der Überwindung von sozialer und ökonomischer Ungleichheit liegen. Diese Perspektive spiegelt sich weder in den Zielen noch in den Unterzielen/Indikatoren konsequent wider. Die konkreten Verbesserungen in allen Zielen sollten sich jeweils in besonderer Weise bei 20% der am schlechtesten gestellten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen niederschlagen.
- In der Einleitung und dann bei der Wahl der Indikatoren müssen die Querverbindungen zwischen den Zielen deutlicher benannt werden. So können z.B. Armutsbekämpfung und Umweltschutz in einem Spannungsverhältnis stehen, das nicht zu Gunsten eines Zieles allein aufgelöst werden darf.
- Ausgehend von einem holistischen Begriff von Armut, wie er im Dokument beschrieben ist, sollten im Rahmen des Ziels zur völligen Abschaffung extremer Armut über Einkommen hinausgehende Indikatoren definiert werden. Die Perspektive der Überwindung jeglicher Armut und der Schaffung

menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle sollte als Ziel explizit erwähnt werden.

- Die Bedeutung der Gleichstellung von Mädchen und Frauen für nachhaltige Entwicklung sollte im gesamten Papier deutlicher gemacht werden, um der Forderung nach einem eigenständigen Ziel zur Gleichstellung der Geschlechter sowie einem durchgängigen Gender-Mainstreaming gerecht zu werden. Hierzu ist eine Desaggregation der Ziele nach Geschlecht, Alter und Einkommen zentral.
- Wir begrüßen, dass die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen („decent jobs“) deutlich adressiert wird. Die Aussagen zur Verantwortung der Wirtschaft bei der Einhaltung von ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Normen und Standards fällt dagegen zu schwach aus. Die Verweise auf CSR und Global Compact sind nicht ausreichend. In einer neuen Agenda müssen klare Regeln für privatwirtschaftliches Handeln verankert werden. Die verbindliche Umsetzung der UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat einstimmig verabschiedet wurden, muss Ziel einer künftigen Agenda sein.
- Indikatoren, die die Zielerreichung messen, und Hinweise auf geplante Maßnahmen sollten besser voneinander unterschieden werden. Wir verstehen „targets“ als Unterziele, die eine Schwerpunktsetzung ausdrücken, aber noch nicht als Indikatoren. Diese müssten noch entwickelt werden. Für die Indikatoren bestehen bereits in verschiedenen UN-Dokumenten hilfreiche konkrete Formulierungen, auf die wir teilweise in den eingefügten Kommentaren hinweisen.
- Es muss explizit gemacht werden, auf welches Referenzjahr sich die Ziele beziehen. Dort, wo das Zieljahr vom Jahr 2030 abweicht, sollte dies erläutert werden. Manchmal fehlt eine Zeitangabe. Bei prozentualen Ab- oder Zunahme muss der Bezugszeitpunkt und/oder die Ausgangslage geklärt werden.

# STELLUNGNAHME

## 2. Änderungen im Text:

Im Anhang finden Sie den Text mit farblich markierten Änderungsvorschlägen und Kommentaren.

### **Herausgeber**

Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: 0228 / 94677-0

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: [www.venro.org](http://www.venro.org)

Bonn, April 2014